

II-14500 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 7091A

1994-07-16

Anfrage

der Abgeordneten Ingrid Tichy-Schreder und Kollegen
an den Bundesminister für Soziales
betreffend Gefährdung der Finanzierung von präventivmedizinischen Behandlungen

Weltweit ist man gesundheitspolitisch bestrebt, medizinische Behandlungskonzepte gesamtheitlich in Richtung Präventivmedizin zu lenken. Langfristig sollte auch die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung - Erkennen und Verhindern von Krankheiten im voraus bringt im nachhinein Kosteneinsparungen - für ein Forcieren der Vorsorgemedizin sprechen. Nichtsdestotrotz ist beispielsweise von seiten der Sozialversicherungsträger geplant, künftig das für die Behandlung des klimakterischen Syndroms und für die Osteoporose-Früherkennung so wichtige Anamnesegespräch aus dem Leistungspaket für Arzt wie Patientinnen herauszunehmen. Dadurch wird die Arbeit der österreichischen Ambulatorien für Wechselbeschwerden, die ein Vorbild für die europäische medizinische Vorsorge darstellen, auf diesem Gebiet gefährdet.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Soziales folgende

Anfrage

1. Wie beurteilen Sie die Absicht der Sozialversicherungsträger, das in Sachen Vorsorgemedizin wichtige Anamnesegespräch aus dem Leistungspaket für Arzt wie Patientinnen zu streichen?
2. Sind von Ihnen Schritte geplant, um das für die Arbeit der Ambulatorien für Wechselbeschwerden essentielle Anamnesegespräch auch weiterhin im Leistungskatalog der Sozialversicherungsträger aufscheinen zu lassen?
 - a) Wenn nein: Warum nicht?
 - b) Wenn ja: Welche Maßnahmen werden Sie setzen, und wann werden Sie das tun?
3. Welche sozialpolitischen Aktivitäten werden Sie unternehmen, um dem Bereich Vorsorgemedizin in Zukunft eine stärkere Bedeutung zukommen zu lassen?